

## Fronteinsatz Somalia

### Nationaler Konsens und militärische Intervention

20.000 deutsche Soldaten stachen im Jahre 1900 mit Zielrichtung China in See, um gemeinsam mit den "Truppen der zivilisierten Welt" aus u.a. Frankreich, England und Italien einen Aufstand gegen die Aufteilung des chinesischen Reiches zu zerschlagen. Der "humanitäre" Einsatz richtete sich gegen die sogenannte Boxer-Bewegung, einem "räuberischen und mörderischen Gesindel", wie es damals in Deutschland hieß. Nachdem man die deutschen Truppen mit Tamtam und Trara verabschiedet hatte, ereilte sie eine Hiobsbotschaft auf hoher See: Vorzeitig und war es dem internationalen Interventionskorps gelungen, auf ohne deutsche Hilfe Peking einzunehmen. Vom damaligen Kommandierenden des deutschen China-Korps, General von Lessel, wurde diese Mitteilung als "sehr schmerzlich" empfunden, hatten sich seine "jungen Krieger" die Feuertaufe in China doch geradezu ersehnt.

93 Jahre später wird dem deutschen Afrika-Korps in Somalia mehr Glück beschieden sein. Die von der Hardthöhe und dem Bundeskanzleramt so lang ersehnte "Feuertaufe" wird nicht lange auf sich warten lassen. Der Oberkommandierende, General Klaus Naumann, pflegt nicht umsonst mit jenen "Verlusten" zu prahlen, "die zwangsläufig bei Unternehmungen wie in Somalia kommen werden. Diese Realität" so der Moltke-Verschnitt, sei "eine betrübliche Gewißheit". In seinen Reden mobilisiert er bereits für den nationalistischen Tag X: Die Beerdigungsfeierlichkeiten, so Naumann, dürften "bei uns nicht zum Streit führen". Sie sollten uns vielmehr "in der Gemeinsamkeit von Trauer, Mitgefühl und Respekt einen."

Entsprechend groß war die Erleichterung, als im August die US-Regierung die Dauer der Somalia-Intervention auf mindestens ein weiteres Jahr taxierte. Zuvor hatte Kohl seinen Kollegen in London, Rom und Paris telefonisch zugesichert, "daß die Bundeswehr auch dann in Somalia bleibt, wenn sich die Lage in dem afrikanischen Land verschärfen sollte.,Es wird keinen deutschen Rückzug geben'." (FAZ, 26.7.93)

Wurde die deutsche Armee nach Somalia gerufen? Selbstverständlich nicht, wie die Vorgeschichte der Truppenentsendung belegt.

Das ideologische Startsignal hatte Kanzlerberater Stürmer im November 1992 mit einem FAZ-Beitrag gegeben. Vorbei sei die Zeit, schrieb Stürmer, in der nur der Historiker mit "Leidenschaft und Tragik, Krieg und Massentod" konfrontiert sei. Begonnen habe "wieder die Zeit der großen Stürme", in welcher "Gleichungen entstehen, die nicht ohne tragischen Rest aufgehen", in der "sich Kriege ereignen, die man nicht wegwünschen kann, und Bedrohungen, denen keine Eindämmung entgegensteht." Nicht länger opportun sei eine "Politik von Konsens, Kompromiß und Kompensation" gegenüber Koalitionspartnern und Karlsruher Richtern, welche "das verantwortungsvolle Entscheiden und Handeln" nur beengen und erschweren würde.

Auf dieses Signal hatte der Generalstab nur gewartet. In einem Brief des Führungsstabes der Streitkräfte an Volker Rühle vom 9.12.1992 hieß es:

"Unsere Situation im Zusammenhang mit der Beteiligung im Rahmen des Golf-Krieges sollte sich nicht wiederholen. Es kommt jetzt darauf an, durch die personelle Beteiligung Deutschlands an der Aktion der VN in Somalia ein deutliches Signal zu

setzen und dabei verfassungsrechtliche Bedenken zurückzustellen." (siehe: Bundestagsprotokoll vom 2.7.93)

Gesagt, getan. Eine Woche später kündigte der Bundeskanzler an, daß die BRD bis zu 1.500 Soldaten "in schon befriedete Gebiete Somalias entsenden (werde), um die Verteilung von Hilfsgütern für die vom Hungertod bedrohte Bevölkerung zu organisieren." (FAZ, 18.12.93) Als die USA ihre großangelegte Operation "Restore Hope" in Szene setzten, war freilich das Problem der Verteilung von Hilfsgütern in Somalia bereits weitgehend entschärft. "Die Zahlen von 95 Prozent Unterernährung und 80 Prozent geplündelter Nahrungslieferungen sind seit Monaten überholt", hatte damals die renommierte Hilfsorganisation "Medecins Sans Frontieres" erklärt. Sie würden "benutzt, um die Ankunft der Truppen zu rechtfertigen." Als im Januar 1993 UN-Generalsekretär Boutros-Ghali in Bonn weilte, sprach er mit Blick auf Somalia "nur von deutschen ‚Polizisten‘, deren Entsendung er wünsche. Damit hielt er seine Forderung jenseits des deutschen Streits über das Grundgesetz", kommentierte am 13.1.93 die FAZ. Erst in den Wochen darauf so der SPD-Politiker Klose, habe dann "die Bundesregierung den Generalsekretär davon überzeugen können, daß aus politischen Gründen ein Bundeswehreininsatz nötig sei, für den dann mühsam ein vernünftiger Auftrag definiert wurde." (Bundestagsdebatte vom 2.7.93). Welch Pirouetten hierbei aufgeführt wurden, dokumentiert ein Vermerk des Auswärtigen Amtes vom 30.3.93. Man habe vor Ort feststellen müssen, hieß es dort, "daß für eine bloße Verteilung der Hilfsgüter durch den angebotenen verstärkten Verband (1 500 Mann) kein Bedarf mehr besteht. ... Angesichts der bestehenden Schwierigkeiten, geeignete Aufgaben für das angebotene Bataillon zu finden, erscheint es notwendig, unser Angebot innerhalb der verfassungsrechtlichen Grenzen an die gegebenen Umstände anzupassen. ... Das VN-Sekretariat scheint ... aus politischen Gründen bereit zu sein, ... unser Angebot trotz praktischer Schwierigkeiten zu berücksichtigen." (Zitiert lt. BT-Protokoll vom 2.7.93)

Im April beschloß das Bundeskabinett einen Einsatzbefehl, der mit der Ankündigung von Dezember nichts mehr gemein hatte: An die Stelle der Verteilung von Hilfsgütern gegen den Hunger trat nunmehr die Lieferung von Kriegsgütern (Munition und Treibstoff etc.) für UN-Einsätze gegen die somalischen "Banden".

Eine noch schwerwiegendere Ausweitung erfuhr der Kampfauftrages der deutschen Truppen mit den Ende Juni 1993 von der Bundesregierung verabschiedeten "rules of engagement". In ihnen wurde die "Selbstschutzkomponente" der Bundeswehr nicht länger auf die Selbstverteidigung der Soldaten beschränkt sondern auf die "Verteidigung des Lebens von Personen und Einrichtungen, die unter dem Schutz der UNO stehen, gegen feindliche Aktionen oder feindliche Intentionen" ausgeweitet. Diese Truppenauftrag erlaubt eine Kolonialkriegsführung reinsten Wassers, bei welcher schon die vermeintliche Absicht von Somalis, Mehl zu klauen, deren Erschießung rechtfertigt.

Das deutsche Kriegsgebahren wird in erster Linie um seiner selbst willen praktiziert: Als Selbstbegründung, wieder normal zu sein (General Bernhardt: "Wie sind wieder in der Familie"), als Einstieg in die weltweite Interventionspolitik (CDU/CSU-Breuer: "Die Zukunft der Bundeswehr hat begonnen!") und als eine Massentherapie, welches das "Golfkriegstrauma" überwindet und den "Geist von Belet Huen" (so Volker Rühle) an seine Stelle setzt.

Daß in Somalia auch langfristige Interessen auf dem Spiel stehen, zeigt der Blick in den Weltatlas. Hierbei "ist zunächst zu sehen", schreibt die "Europäische Sicherheit", "daß das am Horn von Afrika liegende Somalia durch seine Lage am Golf von Aden und der damit verbundenen Kontrolle der wichtigsten Erdöltransport-Route der Welt eine bedeutende strategische Position hat. Es ist aber auch ein Sprungbrett für Interventionen in Nordafrika, im Mittleren Osten, im Mittelmeer und im Indischen Ozean." Daß insofern weniger die Situation der Somalis als vielmehr die "nationalen Interessen" der hier engagierten Imperialismen eine "gewichtige Rolle" spielen, wird im Zentralorgan des deutschen Militarismus also gar nicht erst verschwiegen. Dem Stellenwert Somalias für den Weltimperialismus entspricht der Charakter der dort tobenden Auseinandersetzung, in welcher sich alle Kennzeichen einer militanten Kolonialherrschaft mit den Accessoires der "neuen Weltordnung" zu vermischen scheinen. Auf der einen Seite beinahe täglich Demonstrationen gegen die UN-Besatzer in Mogadishu und unzählige Barrikaden. "Die Bodenpatrouillen", schreibt der Spiegel, "wagen sich wegen der Heckenschützen kaum noch auf die Straßen. Und die wenigen Panzer, die zu sehen sind, fahren mit einem derartigen Tempo durch die Stadt, daß Passanten und spielende Kinder oft nur mit Mühe zur Seite springen können." Auf der anderen Seite MP-Salven von "Blauhelmen", die auch mal in Menschenansammlungen gejagt werden, US-Raketen, die auch mal ein Krankenhaus demolieren und UN-Soldaten, die auch mal auf "Trophäenjagd" gehen. Von belgischen UN-Soldaten wird berichtet, daß sie Somalis in von Krokodilen bewohnte Gewässer getrieben, mit Elektroschocks mißhandelt und "in mindestens dreißig Fällen vorsätzlich schwer verletzt oder getötet haben." (FAZ, 27.8.93) Soldaten, die auf jene "gute alte Art" den Somalis eine Lektion über westeuropäische "Zivilität" erteilen, genießen Immunität: Verjagt und verlacht wurde bisher, wer mit schwarzer Hautfarbe eine Beschwerde über die selbsternannten Helfer bei UN-Stellen vorzubringen sich erköhnt hatte.

Das erklärte Ziel des Krieges ist nach Verlautbarung der US-Regierung die Kontrolle über das gesamte Land sowie die Etablierung einer den USA wohlgesonnenen Regierung und Miliz. Der Charakter der US-amerikanischen Kriegsführung erinnert an die "Nixon-Doktrin" der sechziger Jahre. Nixon hatte in der Schlußphase des Vietnamkriegs, um GIs zu schonen und Medien zu besänftigen, den Süd-Vietnamesen die Kriegsführung gegen Hanoi überlassen. Letztere wurden von US-Ausbildern, den "Green Berets" zu diesem Behufe bewaffnet, verhetzt und angeleitet. Die Vernetzung von US- und UN-Politik scheint eine neue Ausprägung der Nixon-Doktrin möglich zu machen. In Somalia sind es vorwiegend UN-Soldaten aus Pakistan, Botswana und Indien, die unter Anleitung US-amerikanischer Kommandostäbe die Drecksarbeit zu erledigen haben. Auch die Ausbildung somalischer Kriegsverbände könnte zum Programm der USA gehören. Wie die US-Zeitschrift "Workers World" berichtet, wurden kürzlich einige der in Somalia verwundeten Soldaten als Mitglieder von "Green Beret"-Einheiten identifiziert. Für die westlichen Großmächte geht es in diesem Krieg zugleich um die Neuaufteilung von Einflusssphären in einer strategisch hochbedeutsamen Region. Schon in den ersten Tagen der Somalia-Operationen wurde von lautstarken Wortgefechten zwischen französischen und us-amerikanischen Truppenführern in Somalia berichtet. Offen zugespitzt hatten sich die Widersprüche zwischen der ehemaligen Kolonialmacht Italien und dem US-geführten UN-Kommando. Als im Juli drei italienische Soldaten getötet und 30 verwundet worden

waren, hatte der italienische Kommandeur auf eigene Faust, so die FAZ, "unbegrenzten Schießbefehl ohne Rücksicht auf Zivilisten erteilt." Zugleich wurde von Rom aus der konfrontative US-Kurs kritisiert.

Die Bundesrepublik hatte sich von Anfang an geweigert, ihre Truppen den Vereinten Nationen zu unterstellen. Die Führung der über 1.700 Bundeswehrsoldaten erfolgt durch einen Einsatzstab der Hardthöhe. Selbstverständlich ist Deutschland nicht nur an der Analyse der Befriedungsaktionen "aktiv beteiligt", wie Volker Rühle erklärt. Mit neun Bundeswehroffizieren im UN-Stab ist Deutschland für die Politik der Besatzertruppen zugleich mitverantwortlich. Das Gewicht der deutschen Stimme, so Rühle, wachse "mit jeder Einheit, die hier eintrifft." Nachdem die deutsche Parade gegen alle inneren und äußeren Widerigkeiten so mühevoll durchgesetzt wurde, will man nicht nur einen Platz an der afrikanischen Sonne ergattern, sondern zugleich eine neue Machtposition bei der Ausgestaltung der "Neuen Weltordnung". Bereits im März 1993 hatte Außenminister Kinkel in einer Grundsatzrede nicht die UN-Konsolidierung sondern als "Deutschlands Hauptinteresse" die "Stärkung seiner politischen und wirtschaftlichen Stellung in der westlichen Völkerfamilie und der von ihr geschaffenen freien Weltwirtschaftsordnung" herausgestellt.

Der nationalen Interessenpolitik in Somalia entspricht eine darauf zugespitzte Berichterstattung in den Medien. Die Frankfurter Allgemeine hatte die besonderen Kennzeichen unseres "Mannes von Belet Huen" besonders prägnant herausgearbeitet: "Schlank ist er, durchtrainiert, kräftig, von athletischer Figur ...aber ein Vergleich mit dem französischen Fremdenlegionär oder dem amerikanischen Marineinfanteristen führt in die Irre. Unser Mann in Belet Huen ähnelt diesen Soldaten allenfalls im Erscheinungsbild. Ansonsten unterscheidet ihn viel, die Herkunft, wie die Ausbildung, die vom Leitbild des Bürgers in Uniform geprägt ist." Apropos "Herkunft": da, so Rühle, "kein Grund (bestehe), im internationalen Büßergewand aufzutreten", wurde dem Verbindungsbüro der Deutschen in Mogadiscio prompt die Bezeichnung "Wolfsschanze" beigegeben (Spiegel 30/93). Daß dementsprechend auch beim Blutvergießen erst dann ein Aufheben gemacht wird, wenn es deutsches Blut ist, das da fließt, versteht sich von selbst. Zwar sei, erklärte Oberst Hermut Harff, auf dem Weg nach Belet Huen der deutsche Konvoi von Somalis angeschossen worden, doch sei dabei "kein deutscher Soldat" verletzt worden. Daß es stattdessen die für den Schutz der Deutschen bestellten UN-Soldaten aus Zimbabwe und Ägypten waren, die angeschossen wurden, hatte hierzulande niemanden interessiert.

Auffällig auch die Mischung aus Rambo-Konzeption und Liebe zum somalischen Volk: Unter den Überschriften "In Somalia zu zaghaft" und "Mehr Druck in Somalia" hatte die FAZ schon im Dezember 1992 die Zurückhaltung der US-Marines kritisiert: Die Amerikaner müßten, um in Somalia Ordnung zu schaffen, "jetzt Härte zeigen und das Land möglichst rasch durchkämmen." Falls dies nicht reicht, sind für einen FAZ-Kommentator andere Möglichkeiten vielleicht nicht empfehlenswert, aber doch zumindest denkbar: "Mogadiscio oder was davon noch steht, kann man flach machen und von seinen Bewohnern evakuieren." (FAZ, 10.8.93) Die Kehrseite jener mentalen Aggressivität ist - ebenfalls recht typisch - der Schmalz. "Es geht bei dem Ganzen um das somalische Volk, ein eindrucksvolles, unendlich sympathisches Volk", erklärte ein CDU/CSU-Mann dem deutschen Bundestag und Volker Rühle rief aus: "Ein ganzes Volk mußte gerettet werden." Aber so ist es nunmal. Je herziger "das

Volk" um so gnadenloser die Abrechnung mit dem "Volksfeind" und vermag dieser auch noch so viele Anhänger zu mobilisieren.

General Naumann kann zufrieden sein: Je deutlicher der Charakter der Somalia-Intervention, desto größer die Zustimmung in der BRD.

Längst vergessen, daß ein Mann namens Engholm den Entsendebeschuß einst als "Bruch der Verfassung" gegeißelt und ein Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen von einem "Putschversuch" gesprochen hatte. Heute wird von den Bonner Fraktionen jener Parteien der Einsatz wegen Formfehler noch ein wenig gerügt, in der Sache aber längst unterstützt. Hierbei halten sich Überzeugung und Opportunismus die Waage, hat doch inzwischen erneut "der deutsche Frontsoldat" die politische Bühne betreten. In jeder zweiten Rede der Somalia-Debatten des Bundestages kam er vor - ihm gelte der Stolz, ihm werde "im Namen aller Deutschen" gedankt, ihm wünsche man "im Namen der SPD" bei der Erledigung seines Auftrags viel Erfolg". Und welche Kritik an der SPD könnte vernichtender sein, als die von der kämpfenden Truppe? "Die größte Gefahr", erklärte verbittert der Offizier, "kommt aus der Heimat." "Die Soldaten hat es befremdet", rief auch Volker Rühle empört in Richtung SPD, "daß Sie mitten in einem Einsatz vor das Bundesverfassungsgericht gezogen sind." Bei derartigen Tönen ist der nationale Reflex der Sozialdemokratie vorgezeichnet. Der Vorwurf, das Vaterland in der Stunde der Not im Stich zu lassen, zielt auf eine nie verheilte Wunde, die die SPD seit der "Dolchstoßlegende" von 1918 mit sich herumschleppt, und die bei der geringsten Berührung wieder zu schwären beginnt. Keine Chance also für den SPD-Fraktionschef der im Bundestag noch mit einem Spargat ("Den Streit mit der Bundesregierung werden wir fortsetzen, den deutschen Soldaten in Somalia aber wünschen wir Glück und Erfolg...") über die Runden kommen zu können glaubte. So nicht, erwiderte der Kriegsminister. Auch in anderen Ländern habe es immer eine Debatte über die Einsätze der eigenen Soldaten gegeben. "Aber wenn dann entschieden ist, dann sagen alle Abgeordneten der Opposition in den USA, in Großbritannien und in Frankreich: Jetzt stehen wir hinter diesem Einsatz; jetzt kritisieren wir diesen Einsatz nicht mehr! Das wäre ein wirklicher Einsatz im Sinne der Soldaten. (Anhaltender Beifall)"

Die Identifizierung mit dem todesmutigen Soldaten bringt es mit sich, daß der Vorwurf der "Feigheit" zum Politikum wird. "Wir sind keine Drückeberger!", so die Selbstversicherung eines Klaus Kinkel. "Wollen wir als feige Pfeffersäcke abseits stehen?" fragt rhetorisch der CDU/CSU-Abgeordnete Glos, die Krämer- gegen die Kriegernation ausspielend: "Sind wir in der Welt irgendwo nur gerufen, wenn es Geld zu verdienen gibt?"

Selbstverständlich hat es Demonstrationen gegen die Entsendung deutscher Truppen nach Somalia gegeben. Zu Protestaktionen in der nordsomalischen Stadt Hargeisa war es bereits im Februar in der Erwartung der Ankunft deutscher Soldaten gekommen, wie die Süddeutsche Zeitung berichtete. "Rund 2.000 mutmaßliche Anhänger des somalischen Rebellenchefs Mohamed Fahrad Aidid haben am Mittwoch in Mogadischu gegen die Beteiligung deutscher Soldaten am UN-Einsatz demonstriert", hieß es vier Monate später erneut in der SZ.

In der deutschen Öffentlichkeit hatte es gegen die Entsendung der Soldaten, von Widerstand ganz zu schweigen, nicht einmal Proteste gegeben. Die Kritiker des Einsat-

zes hatte in der Mehrzahl entweder national argumentiert wie etwa Konrad Weiß ("Kein deutscher Soldat darf sich dafür hergeben"), Ex-General Schmückle ("deutsche Knechtseligkeit") oder Peter Glotz, der den Kampf um einen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat gefährdet sieht, weil die ärmeren Länder in den Vereinten Nationen den Deutschen die Teilhabe am Kolonialkrieg verübeln könnten. Oder aber der Einsatz wurde nur aufgrund mangelnder formaler Voraussetzungen kritisiert.

Derlei kritische Anmerkungen, als Pflichtübung formuliert und vorgetragen, sind realiter ein Bestandteil des neudeutschen linksliberalen Common sense, welcher umfasst:

a. die Überzeugung, daß in den Händen der Vereinten Nationen die Zukunft der Menschheit wohl noch am besten aufgehoben ist. Die neuentdeckte Liebe zu den UN steht in einem zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit deren Rolle als Hilfs- und Exekutivorgan des inzwischen allmächtigen Imperialismus. Solange die Sowjetunion als der Gegenspieler des Imperialismus noch eine konsensuale Politik der Vereinten Nationen hatte erzwingen können, war der Kurswert jener Organisationen demgegenüber vergleichsweise gering. Ganz offenkundig steckt also hinter der Orientierung auf die Vereinten Nationen die Identifikation mit den Mächten, die diese neuerdings beherrschen.

b. die Überzeugung, daß die in Abhängigkeit gehaltenen Bevölkerungsgruppen, zumal in Afrika, sich gegenseitig massakrieren, falls nicht der Westen auch dort für "humanitäre" Verhältnisse sorgt. Die "Woche" etwa lag diesbezüglich mit der Organisation einer Debatte unter der (ernstgemeinten) Fragestellung: "Soll Afrika wieder kolonialisiert werden?" im Trend.

Die Operation "Restore Hope" hatte nicht nur diejenigen bestärkt, die von einem "humanitären" Imperialismus träumen, sie war zugleich geeignet, das schlechte Gewissen zu beruhigen, daß den hiesigen Spießherren beim Anblick verhungerner schwarzer Kinder zu überfallen pflegt: Die Aktion schien zu bestätigen, daß die eigene Stärke das Beste für alle ist. (Inzwischen ist die Fiktion von dem "humanitären Mission" zwar geplatzt. Daraus folgt aber weniger die Abkehr von den Vereinten Nationen oder die Gegnerschaft zur deutschen Truppenentsendung als vielmehr die Überzeugung, Deutschland werde auch in Afrika den "Rambos" der USA mit dem besseren Konzept entgegentreten.)

Jenem nationalen Konsens entgegenzutreten, tut sich bisher auch die antikapitalistische und antinationale Linke schwer. Eine Berliner Antimil-Gruppe hatte immerhin versucht, für den Tag S (Entsendung des Hauptkontingents) eine Demo vorzubereiten. Wenn der Aufruf aber davon spricht, daß die BRD sich heute "als Juniorpartner der USA" ein militärisches Instrumentarium zulegen müsse, wird das in den 80ern schon verkehrt gewesene Weltbild der Friedensbewegung (Deutschland am Gängelband der USA) nur reproduziert. Das Hamburger "Komitee gegen den imperialistischen Krieg" war - als vermutlich einzige fortschrittliche Kraft dieser Stadt - bereits am 12.6.93, unmittelbar nach den ersten massiven US-Bombardements gegen Stadtteile in Mogadiscio, mit einem Protestflugblatt auf dem Markt. Am Schluß jener Erklärung wurde die deutsche Somalia-Politik in drei Sätzen immerhin erwähnt. Aber auch hier war man dem alten Muster ("Nieder mit den USA" - so die Flugblattüberschrift) treu geblieben, ohne zu reflektieren, daß für die Linke einer inzwischen expansiven agierenden Großmacht der Hauptfeind nur im eigenen Land stehen kann. In dem Flugblattentwurf eines "Hamburger Bündnisses gegen Militäreinsätze" wird

mehr Sand in die Augen gestreut, als Klarheit geschaffen, wenn es heißt, die Bundesregierung wolle mit ihrem Somalia-Einsatz "vor allem ihrem Ziel, dem ständigen Sitz im Sicherheitsrat, näher kommen." Wer so die deutsche Militärpolitik von ihrem sozialen Gehalt und die Konkurrenz um die Neuaufteilung der Welt abzukoppeln sucht, muß ganz zwangsläufig, wie jener Aufrufentwurf, bei einer einfältigen Enttäuschung darüber landen, daß "nach Beendigung des Ost-West-Konflikts" der deutsche Rüstungshaushalt immer noch nicht reduziert und trotz erhoffter "Friedensdividende" immer noch keine Gelder in den Sozialbereich transferiert worden seien. Die Kritik an derartigen Positionen ist freilich einfacher zu entwickeln, als der eigenständige, in sich stimmige Standpunkt. Um die Diskussion hierüber zu befördern, seien abschließend einige Thesen formuliert:

1. Die Bilanz von 100 Jahre Imperialismus verbietet jede positive Bezugnahme auf Weltmarkt und Bourgeoisie. Die im "Kommunistischen Manifest" formulierte Hoffnung, die Weltmarkt-Expansion werde "durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente ... alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation" reißen, hat sich erledigt. Sie hat stattdessen auch die zivilisiertesten Nationen in die Barbarei gerissen und damit erwiesen, daß Barbarei der Zivilisation nicht gegenübersteht, sondern aus ihr folgt.
2. Der Versuch, Somalia imperialistisch zu "zivilisieren" gehört ebenso wie die deutsche Mitwirkung hieran bekämpft. Die Interventionspolitik unterstützt objektiv, wer hiergegen nicht Partei bezieht.
3. Es gibt keinen Grund, Aidid zu einem antiimperialistischen oder gar antideutschen Vorkämpfer zu stilisieren. Eher scheint es gerechtfertigt, ihn mit Hussein aus dem Irak und Noriega aus Panama in eine Reihe zu stellen. Jene sind aber nicht die Gegenspieler des Imperialismus, sondern dessen Ziehkinder. Durch die Kriegsführung der Großmächte wird jenen kleinen Diktatoren nicht das Ende, sondern nur der Boden bereitet.
4. Dennoch halte ich es für notwendig, anzuerkennen, daß Widerstandsaktionen gegen deutsche oder sonstige UN-Soldaten in Somalia gerechtfertigt sind - und zwar unabhängig davon, ob es mit den Trägern derartiger Aktionen eine politische Übereinstimmung gibt oder nicht. Denn auch dann, wenn das Antlitz dieser Kräfte verzerrt und ihr Anliegen rückständig ist, darf dies kein Alibi sein, die Somalia-Politik des Imperialismus zu akzeptieren oder zu ignorieren, daß die Politik der Ausbeutung und Ausblutung auch den Charakter der gegen sie gerichteten Opposition mit prägt. Für eine Idealisierung jener Widerstandsbewegungen besteht freilich ebenso wenig ein Grund. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann die Forderung nach Abzug aller Besatzungsmächte, nicht mehr beinhalten, als daß das besondere Gewaltverhältnis einer bewaffneten Intervention beendet und auf das alltägliche Gewaltverhältnis des Weltmarks zurückgeführt wird.
5. Mit dem Somalia-Einsatz beginnt für den BRD-Imperialismus und damit zwangsläufig auch für dessen Gegnerinnen und Gegner eine neue Etappe. Der Einsatz deut-

scher Soldaten in kriegerischen Auseinandersetzung verändert auch die innenpolitische Situation. Der chauvinistischen Euphorie in Wort und Tat entgegenzuhalten, daß nur die möglichst rasche Niederlage der deutschen Truppen dem humanitären Anliegen nützt, wird nicht lange durchzuhalten sein, wenn es bei der gegenwärtigen Vereinzelung der antinationalen Linken bleibt. Für die ersten deutschen Kriegstoten sind die Trauerheuchelfeiern schon konzipiert. Wie steht es um die Vorbereitungen, sie zu stören?

Max Müntzel

(aus: bahamas 11, 9/1993)